

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 21 (2001)
Heft: 40

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ueli Mäder

Chronik der Lohnarbeit.

Zu Robert Castels Studie „Die Metamorphosen der sozialen Frage“

Die Lohnarbeit bildet die Grundlage für den gesellschaftlichen Reichtum. Sie ermöglicht materielle Sicherheit, stiftet soziale Identität – zumindest für viele Menschen bis weit ins zwanzigste Jahrhundert hinein. Und heute?

Robert Castel, Forschungsdirektor an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, will die Geschichte der Lohnarbeit nicht den HistorikerInnen überlassen, sondern sozialwissenschaftlich verorten. Sein Buch „*Die Metamorphosen der sozialen Frage*“ (2000) ist eine „Chronik der Lohnarbeit“, wie der Untertitel verdeutlicht. Castel knüpft mit seinem umfassenden Quellenstudium an eine französische Tradition an, die Pierre Bourdieu in „*Réponses pour une anthropologie réflexive*“ (1992) würdigt. Jede Soziologie muss historisch und jede Geisteswissenschaft soziologisch sein. Die gesellschaftliche Welt ist akkumulierte Geschichte. Castel mobilisiert die Erinnerung, um in einer Zeit mit ungewisser Zukunft die Gegenwart besser zu verstehen. Seine Geschichtsauffassung unterscheidet sich von Ansätzen, die meinen, die neu strukturierte „Postmoderne“ lasse sich nur aus sich selbst erklären.

Die einst elende, würdelose Lohnarbeit ist für die „grosse Mehrheit der Erdbevölkerung“, so Castel etwas vereinfachend, zu einem wichtigen Bestandteil der Existenz geworden. Sie hat den sozialen Zusammenhang „über Jahrhunderte hinweg“ entscheidend

gefördert, wird aber unter den Bedingungen fortschreitender Rationalisierung immer mehr in Frage gestellt. Was uns bevorsteht, „ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht“ (Hannah Arendt). Die radikale Partei Frankreichs, die führende Kraft der dritten Republik, wollte die Lohnarbeit bereits 1922 „als Überrest der Sklaverei“ abschaffen.

Beim Übergang zum 21. Jahrhundert aktualisiert sich die Frage erneut, weil viele Menschen, ob strukturell oder konjunkturell bedingt, erwerbslos bzw. „überzählig“ sind. Während libertäre SozialistInnen früher die Abschaffung der Lohnarbeit mit visionären Hoffnungen verknüpften, dominiert derzeit eine pragmatische Sichtweise. Sie will aus der Not eine Tugend machen und die Erwerbszeit flexibilisieren. Anders Robert Castel. Er öffnet wie André Gorz, aber mit teilweise anderen Folgerungen, einen neuen Blickwinkel und erhellt, wie die soziale Frage weit über die Lohnarbeit hinausreicht.

Castel untersucht die Bedingungen der gesellschaftlichen Kohäsion über den Umweg einer Analyse der gesellschaftlichen Dissoziation. Als „integriert“ definiert er – ähnlich wie die in diesem Punkt kritisierte Schweizerische Armutsstudie (Leu et al. 1997) – jene Arme, die Sozialhilfe beziehen (S. 14/31ff.), was aber nur auf einen Teil zutrifft, so beispielsweise auf die „working poor“, die trotz Erwerbstätigkeit

auf Leistungen der Fürsorge angewiesen sind. Die unterstützten Armen scheinen jedenfalls weniger Destabilisierungsrisiken ausgesetzt zu sein als andere, die über kein Netz verfügen bzw. „in einem Zustand der Haltlosigkeit innerhalb der Sozialstruktur treiben und deren Zwischenräume bevölkern, ohne dass sie aber einen festen Platz finden können“ (S. 12).

Auch die materiell Ärmsten sind nicht immer die Ärmsten. Es gibt Menschen, die über wenig Einkommen verfügen und gleichwohl gut integriert sind. Die ökonomische Determinante ist wichtig, aber nicht entscheidend. Castel analysiert mit viel Sensibilität für anomische Zustände die vielfältigen Beziehungen zwischen ökonomischer Prekarität und sozialer Instabilität. In amerikanischen Ghettos, in denen, wie Castel zu pauschal feststellt, ein „under class“-Bewusstsein verbreitet sei, falle es einfacher, Handlungsstrategien zu entwickeln als etwa in Frankreich, wo eine gemeinsame (Widerstands-)Kultur der Ausgegrenzten noch weitgehend fehle. Diese Einschätzung ist spätestens seit den Streiks 1995 in Frankreich so nicht mehr zutreffend.

Wenn Castel von Metamorphosen der sozialen Frage spricht, gebraucht er den Begriff nicht als bloße Metapher, um vorzugeben, dass eine Substanz unter dem Wandel ihrer Attribute fortbestehe. Nein, Metamorphosen erschüttern Gewissheiten. Gleichwohl sind fundamentale Umwälzungen keine absoluten Neuerungen. Vieles fügt sich, bei unterschiedlicher Thematik, in den Rahmen vorhandener Problematisierungen ein. Die „soziale Frage“ taucht unter dieser Bezeichnung in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts auf. Sie bezieht sich – im Zeichen der industriellen Revolution – auf den Pauperismus. Es ging und geht darum, die

Arbeiterklasse zu integrieren. Gelingt es nicht, den Gegensatz zwischen politischer Ordnung und wirtschaftlichem System abzufedern, droht ein Umsturz.

Mit der „*neuen sozialen Frage*“ lehnt sich Castel nicht am sinn- und wertorientierten christlich-sozialen Verständnis der 1970er Jahre an. Im Vordergrund steht vielmehr die „soziale Ausschlussung“ (exclusion), die er als „Entkoppelung“ (désaffiliation) versteht (S. 415). Viele „Überzählige“ werden heute gar nicht ausgebeutet; sie sind, was noch schlimmer ist, schlicht „unnütz“. In dieser Situation ist auch schwer erkennbar, wie sie ein widerständiges Potential bilden könnten. Obwohl sich die soziale Frage zuerst in aller Härte an den Rändern der Gesellschaft konkretisiert, betrifft sie die ganze Gesellschaft. Sie ist von einer globalen Dynamik abhängig und damit nicht autonom. Die Autonomisierung der Ökonomie führt zu einem Verlust an sozialstaatlicher Integration. Das Wirtschaftswachstum hat soziale Kompromisse ermöglicht, die heute kaum mehr realisierbar sind. Wir stehen an einer Weggabelung. Die Orientierungshilfen weisen in unterschiedliche Richtungen.

Im ersten Teil seiner Arbeit beschreibt Castel den historischen Wandel *von der Vormundschaft zum Vertrag*. Ein weiter Bogen umfasst den Grossteil Europas westlich der Elbe, also den geographischen Raum der „lateinischen Christenheit“ (S. 23). Im Zeitraum von der Renaissance bis Ende des 18. Jahrhunderts ergeben sich viele Bezüge zur Geschichte in England. Danach konzentrieren sich die Fallbeispiele auf Frankreich. Zunächst hat die Mehrheit der Bevölkerung, die von ihrer Hände Arbeit leben, weder eine geregelte Arbeit noch eine (daran gebundene) garantierte Absicherung. Die Menschen sind massenhaft verwund-

bar. Der absolutistische Staat und die traditionelle Organisation des Handwerks kennzeichnen die Vormundschaft. Ihre Herrschaft erstickt die Lohnarbeit. Unter dem Vertragssystem, das sich mit den unternehmerischen Freiheiten im ausgehenden 18. Jahrhundert entfaltet, blüht die Lohnarbeit wieder auf. Doch die Lage der ArbeiterInnen bleibt trotz der viel gepriesenen Befreiung fragil. Freiheit ohne Sicherheit kann zur schlimmsten aller Knechtschaft führen.

Vom 19. Jahrhundert an ist es die Aufgabe der Sozialpolitik, die brüchige Struktur der freien Arbeitsverträge abzusichern und die „negative Individualität“ all jener aufzufangen, die ohne Anbindung und Unterstützung sind. Von der vorindustriellen zur „postindustriellen Gesellschaft“ vollzieht sich eine „totale Kehrtwende“ (S. 30). Die frühere, durch ein Übermass an Zwängen erzeugte Verwundbarkeit, weicht einer Schwächung der erkämpften Absicherungen, was die soziale Frage quasi umkehrt. Arbeitsfähige Menschen sehen sich gezwungen zu betteln (S. 64). Die liberale Moderne erscheint als Auseinandersetzung zwischen den Adepten des Fortschritts und den Verteidigern altertümlicher Privilegien, wobei sich dieser Gegensatz nicht auf das Muster Alt gegen Neu reduzieren lässt (S. 141).

Der zweite Teil der Arbeit thematisiert den Prozess vom *Kontrakt zum Status*. Auch hier: Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes trägt Ende des 18. Jahrhunderts wenig zur Verbesserung der Lage der LohnarbeiterInnen bei. Liberalismus bedeutet Patronage der UnternehmerInnen und damit Bevormundung (S. 192ff.). Die entfesselte Industrialisierung bringt den als „Monstrum“ bezeichneten Pauperismus her-

vor. Der Sozialstaat entwickelt sich als Kompromiss. Konzepte sozialer Sicherheit entstehen. Eine Minimalvariante setzt (in Frankreich u.a. während der dritten Republik) weitgehend auf die Selbstregulation des Marktes (S. 236ff.). Die Maximalvariante baut im Sinne der Keynesianischen Wirtschaftspolitik auf einen aktiven Staat, der die Nachfrage ankurbelt (S. 283ff.). Seit den rezessiven Einbrüchen der 1970er Jahre zeichnet sich bei der Lohnarbeit und sozialen Sicherheit ein Abwärtstrend ab. Formen der Vergesellschaftung lösen sich auf. Der Staat stopft Löcher, federt ab. Was tun?

Castel legt Wert darauf, die Entwicklung der Lohnarbeitsgesellschaft als Geschichte der Integration zu betrachten. Sie führt von der proletarischen Lage über die Lage der ArbeiterInnen zur Lage der ArbeitnehmerInnen. Die proletarische Lage (erste Etappe) ist zu Beginn der Industrialisierung mit schier totaler Ausgrenzung verbunden. Die ArbeiterInnen kampieren, wie von Auguste Comte beschrieben, mitten in der Gesellschaft, ohne darin Platz zu finden. Mauern trennen sie von der Welt der Bürgerlichen. Ein neues Lohnverhältnis kennzeichnet die Lage der ArbeiterInnen (zweite Etappe). Der Lohn ist hier mehr als punktuelle Vergütung für verrichtete Aufgaben. Die verbindlichere Abhängigkeit gewährt Rechte und Zugang zu Leistungen ausserhalb der Arbeit, so etwa bei Krankheit, Unfällen, Alter. Sie ermöglicht auch eine erweiterte Teilhabe am sozialen Leben. Dazu gehören Wohnung, Bildung, Konsum und vom 20. Jahrhundert an sogar Freizeit.

Die 1950er Jahre bringen die Entwicklung zur Lage der ArbeitnehmerInnen (dritte Etappe). Sie ist von Modernisierung, Tertiarisierung, Wachstum und Fortschritt geprägt. Das Bür-

gertum ohne Kapital verdrängt die traditionelle Bourgeoisie. Der Staat wächst; er baut die Sozialversicherungen aus, deren vielfältiges Organigramm die Sektoren der Arbeitsgesellschaft widerspiegelt. Der Staat investiert mehr in den industriellen Bereich als die privaten TrägerInnen selbst. Vollbeschäftigung ist weitgehend erreicht.

Mit den rezessiven Einbrüchen stellt sich *die soziale Frage neu* (S. 336ff.). Die globalisierungsbedingt verschärfte Konkurrenz erhöht die Rationalisierung und damit auch die Erwerbslosigkeit. Sie unterläuft die Lage der ArbeitnehmerInnen. Die soziale Ausgrenzung bzw. Entkoppelung kennzeichnet die vierte Etappe der Entwicklung der Lohnarbeit, in der „die Odysse zum Drama“ werden kann. Sie zeigt, wie trügerisch eine soziale Sicherung ist, die einseitig vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig ist. Sie fördert auch gewisse „perverse Effekte“ (S. 342) zutage, die Castel enttabuisiert, ohne in die alte Leier der Liberalen einzustimmen. Er meint damit (ganz im Sinne des 68er Protestes) das Streben nach Sicherheit statt nach Persönlichkeit, und kritisiert sowohl die unökologische Fortschrittsgläubigkeit als auch die Starrheit, die alles festzurrt, bürokratisiert und technokratisiert. Hinzu kommt die „Verhätschelung“, die im gezähmten Kapitalismus die individualisierten Menschen entpolitisiert – der Konsumismus, der nach Castel einem wohlfahrtsstaatlichen statt emanzipiert sozialstaatlichem Konzept entspricht.

Was die ungewisse Zukunft betrifft, skizziert Castel mehrere Szenarien. Wenn es mit der Arbeit ohne Umverteilung und soziale Absicherung weiter bergab geht, verschärft sich die soziale Ausgrenzung und unfreiwillige Ent-

koppelung. Ist der Staat bereit und in der Lage, sich in gängiger Manier als Reparaturwerkstatt zu engagieren, dann kann es gelingen, die gegenwärtige Lage zu konsolidieren und zu stabilisieren. Anerkennen wir, dass die klassische Lohnarbeit nur einen Aspekt der sozialen Frage ausmacht, dann erhöhen sich die Chancen, Alternativen zu finden und zu verwirklichen. Neue Stellen lassen sich beispielsweise im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen schaffen. Dies allerdings mit der Gefahr, den Warencharakter auf soziale Beziehungen und nachbarschaftliche Bande auszuweiten.

Unausgeschöpfte Quellen der Beschäftigung bringen aber, wie auch André Gorz moniert, servile Abhängigkeiten mit sich. Sie führen zu einem neuen Domestikentum. Wenn wir neben dem Markt einen weiteren Sektor der sozialen Ökonomie etablieren, der sich intermediär zwischen Lohnarbeit und Fürsorge bewegt, so hat das, in schwierigen Zeiten nicht unnütz, allenfalls einen konjunkturell bedingten Nutzen. EmpfängerInnen eines garantierten Mindesteinkommens suchen aber lieber eine ordentliche Arbeitsstelle im ersten Arbeitsmarkt als eine Art Sozialpraktikum „im Dritten Sektor“. Um duale Modelle zu vermeiden, ist eine strukturell orientierte Wirtschaftspolitik gefragt, die Stellen mit Status ermöglicht und jeglichen Abbau der Lohnarbeit blockiert. Voraussetzung ist eine Umverteilung der knappen Ressourcen, die von der gesellschaftlich nützlichen Arbeit stammen.

Castel betrachtet die Lohnarbeitsgesellschaft als „diejenige Gesellschaftsformation, der es gelungen ist, massenhafte Verwundbarkeit weitgehend abzuwenden und eine weitreichende Teilhabe an den gemeinsamen Werten zu gewährleisten“ (S. 393). Die (Lohn-)

Arbeit bleibt für ihn der lebendige Bezugspunkt zur gesellschaftlichen Integration und zum sozialen Zusammenhalt. Alle Mitglieder der Gesellschaft sollen eine möglichst direkte Verknüpfung zur gesellschaftlich nützlichen Arbeit haben, die Castel zu sehr von der Lohnarbeit abhängig sieht. Die Umverteilung im Erwerbsbereich ist für ihn die „logischste Antwort“ auf die soziale Ausgrenzung bzw. Entkoppelung. Castel relativiert zwar, wenn er festhält, dass die radikale Verkürzung der Erwerbszeit keine Wunderlösung, aber ein wichtiger Schritt ist. Ein stärkeres Engagement des Staates setzt keine Planwirtschaft voraus, sondern ein verbindliches Rahmengesetz, das zumindest hinsichtlich Arbeitszeiten und Minimallöhnen klare Vorgaben macht. Um die Politik gegenüber der Wirtschaft zu stärken, ist mehr Kooperation auf dem internationalen Parkett gefragt. Notwendige Absprachen sollen die hohe Belastung des Faktors Arbeit harmonisieren und begrenzen.

Castel geht davon aus, dass die Finanzierung der sozialen Sicherung schwierig geworden ist. Er stützt sich dabei auf einseitige sozio-demographische Prognosen ab, nach denen immer weniger Erwerbstätige mehr RentnerInnen finanzieren (S. 399), und vernachlässigt die hohe Wertschöpfung solcher Ausgaben sowie alternative Finanzierungssysteme. Im französischen Original (Librairie Arthème Fayard) ist sein Buch bereits 1995 erschienen, also zwei Jahre bevor André Gorz (in „Arbeit zwischen Misere und Utopie“, s. Widerspruch, Heft 39) ein Grundeinkommen postuliert, das an keine Erwerbsarbeit gebunden ist. Castel hält – trotz Entfremdungsgefahr – an der Lohnarbeit fest und plädiert dafür, Sorge zu diesem fragilen System zu tragen, wo-

bei soziale Investitionen auch auf neue Formen der Solidarität zu diversifizieren seien. Der „negative Individualismus“ (S. 401) und die Desinstitutionalisierung erfordern neue kollektive Zugehörigkeiten. Die Bearbeitung übergreifender Problemlagen auf lokaler Ebene kann soziale Identität stiften. Diese darf aber nicht mystifiziert werden. Historisch gesehen führt die Entwicklung irreversibel von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Wir sind zu einer Masse von Einzelwesen geworden und nehmen unsere Individualität umso ausgeprägter wahr, je erkennbarer wir uns auf kollektive Ressourcen und Sicherheiten abstützen.

Castel postuliert einen umfassenden *Gesellschaftspakt*, der sich primär auf die radikal umverteilte Erwerbsarbeit abstützt. Ich halte diese Optik für wichtig. Sie geht allerdings von einem eingeschränkten, geschlechtshierarchischen Arbeitsbegriff aus, der die Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit vernachlässigt und neue Formen der Solidarität bloss andeutet. Diese können sozialstaatliche Leistungen gewiss nicht ersetzen, aber ergänzen und soziale Kompetenzen verbreiten. Auch die von Castel erwähnten Ansätze einer *sozialen Ökonomie* lassen sich nicht nur unter dem Aspekt der Schaffung von Arbeitsplätzen diskutieren. Castel hätte sich allenfalls noch intensiver mit der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen auseinanderzusetzen. Implizit ist diese Frage allerdings im ganzen Werk präsent. Castel vermittelt einen profunden Einblick in die Geschichte der Lohnarbeit. Sein Werk bereichert die sozialpolitische Debatte in hohem Masse – die Lektüre ist ein grosser Gewinn!

Castel, Robert, 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz

Stuart Hall und die Cultural Studies

Lange Jahre waren die sogenannten Cultural Studies ein Insidertip. Im deutschen Sprachraum stellt schon der Begriff ein Problem dar: Als um 1980 die ersten Arbeiten des Birminger *Centre for Contemporary Cultural Studies* aus dem Englischen übersetzt wurden, wurde versuchsweise von „kritischer Kulturwissenschaft“ gesprochen. Mittlerweile wird auf eine Eindeutigkeit verzichtet und der englische Originalbegriff Cultural Studies verwendet. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Cultural Studies weltweit größeren Interesses erfreuen.

Die deutsche Rezeption verlief verzögert und verzettelt. Ende der siebziger Jahre veröffentlichte die Berliner Theoriezeitschrift *Das Argument* erste Aufsätze von Stuart Hall, vor allem zur Ideologie-Debatte. Etwa gleichzeitig wurden beim damaligen Syndikat-Verlag Arbeiten von Paul Willis und andern veröffentlicht, die den „Spaß am Widerstand“ diverser Jugendkulturen formulierten. Diese Studien beeinflussten zwar die deutschsprachige Subkultur-Forschung, doch als Projekt wurden die Cultural Studies in Deutschland nicht systematisch weiterverfolgt. Erst ein Jahrzehnt später besann sich der Argument-Verlag auf die Tradition und veröffentlichte einen Band mit *Ausgewählten Schriften* von Stuart Hall zu „Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus“, dem, mit fünfjährigem Abstand, ein weiterer Band über „Rassismus und kulturelle Identität“ folgte (s. Widerspruch, Heft 30, 1995, S.201f.). Jetzt wird, wiederum im Fünfjahresschritt, der dritte Band vorgelegt, und die ersten beiden sind neu aufgelegt worden (Hall 2000 a-c).

In der Zwischenzeit gibt es in Deutschland einen kleinen Boom der Cultural Studies, die sich an einzelnen Universitäten im Bereich der Jugendkultur-Forschung und Medienanalyse institutionalisiert haben; mit einem *Cultural Studies-Reader* und *Grundlagentexten zur Einführung* sind vor kurzem auch entsprechende Publikationen erschienen. In ihrem Vorwort zum dritten Auswahlband der Hall-Texte hält Nora Räthzel gelassen-seufzend fest, dass in diesen andern Sammelbänden die Vorarbeit vom Argument-Verlag kaum gewürdigt wird. Dennoch bleibt zu hoffen, dass sich die beiden Rezeptionslinien gegenseitig ergänzen und dass die Hall-Schriften die ihnen gebührende Beachtung finden. Nicht wegen Hall selber; der hat sich solchen akademischen Eitelkeiten immer entzogen. Sondern wegen den reichhaltigen Anregungen und der Sachkompetenz, die in diesen Texten steckt.

Stuart Hall ist seit nunmehr über vierzig Jahren ein führender Intellektueller der angelsächsischen Theoriedebatten. Im ersten Text des neuen Sammelbands analysiert er helllichtig seine persönliche Entwicklung als Manifestationen größerer Umbruchprozesse. 1932 auf Jamaika geboren, wurde in seiner Familie schon früh „der Konflikt zwischen dem lokalen und dem imperialen, kolonisierten Kontext“ (S. 8) kulturell ausgetragen. Hall rebellierte gegen die auf England ausgerichtete Erziehung, verließ 1951 nach dem psychischen Zusammenbruch einer Schwester Jamaika fluchtartig und kam als hochtalentierter Stipendiat nach Oxford. Er engagierte sich vorerst in der westindischen Exil-Politik, später

in der einheimischen britischen Politik. 1956 förderte die Krise der kommunistischen Bewegung im Gefolge des sowjetischen Einmarsches in Ungarn die Entstehung der Neuen Linken. Hall wurde verantwortlicher Redaktor bei einer linken Universitätszeitschrift, aus der 1959 die *New Left Review* entstand. Nach einer Stelle als Dozent für Medienanalysen an einem Londoner College etablierte er 1964, auf Arbeiten von Raymond Williams aufbauend, zusammen mit Richard Hoggart in Birmingham das *Centre for Contemporary Cultural Studies* (CCCS), die eigentliche Geburtsstätte der Cultural Studies, das er bis 1979 leitete. Die Cultural Studies standen in zweifacher Frontstellung: Gegen den dogmatischen Marxismus postulierten sie eine Verschiebung des Fokus von Ökonomie und Politik hin zur Kultur; gegen die herrschende Kulturauffassung forcierten sie die kritische Aufarbeitung populärer, angeblich „niederer“ Kulturformen.

1979 verließ Hall das CCCS und ging als Professor für Soziologie an die Open University, einer Gründung der Labour Party und die führende Institution im Bereich der Erwachsenenbildung. Ende der siebziger Jahre war er zudem einer der maßgeblichen Mitarbeiter von *Marxism Today* geworden, dem unorthodoxen, einflussreichen Monatsmagazin der eurokommunistischen Strömung der KP Großbritanniens. Hall war es, der als erster den Thatcherismus als neues politisches Projekt von rechts identifizierte, zu dessen Analyse beitrug (Hall 2000a) und die Linke vor einer Unterschätzung der neuen Herausforderungen warnte. Ab Mitte der achtziger Jahre profilierte er sich vor allem mit Arbeiten zum Rassismus, zur Ethnizität und zur kulturellen Identität und mischte

sich immer wieder mit scharfsinnigen Analysen in die politischen Debatten ein.

Dass Hall nicht noch bekannter ist, liegt an seiner eigentümlichen Produktionspraxis. Sein Name verbindet sich nicht mit ausgearbeiteten Großpublikationen, einem aufsehenerregenden Wurf oder einem Standardwerk. Er bevorzugt die Arbeit in Gruppen und Projekten, als Anreger und Förderer; sein Medium ist die Intervention in Artikeln und Vorträgen. Tatsächlich ist er ein glänzender Rhetoriker, der seine Gedanken dialogisch verfertigt. In Selbstreflexionen hat er das in kulturelle Zusammenhänge gestellt, die Mündlichkeit in der afro-karibischen Tradition verwurzelt gesehen und das Dialogische als ein zentrales methodologisches Prinzip unter anderm beim russischen Strukturalisten Michael Bachtin verortet.

Die *Ausgewählten Schriften 3* (Hall 2000c) konzentrieren sich auf Texte, die sich direkt mit Geschichte und Aufgaben der Cultural Studies auseinandersetzen, und Herausgeberin Nora Räthzel stellt die Cultural Studies zu Recht als ein „politisches Theorieprojekt“ vor. Tatsächlich ging es immer um eingreifendes Denken, um theoretische Analysen in Zusammenhang mit politischen Bewegungen, ohne sich davon instrumentalisieren zu lassen. Dabei können verschiedene Etappen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten ausgemacht werden. Zu Beginn konzentrierte sich das CCCS auf Analysen populärer Kulturformen, der Medien, wobei Anregungen der „linguistischen Wende“ zur Textualität menschlicher Praxen sowie von Gramsci und Althusser zur Materialität des symbolischen Felds aufgegriffen wurden.

1978 läutete der Band *Policing the Crisis* die Erkundung des Rassismus und des Verhältnisses zum Staat ein; in den achtziger Jahren rückten Fragen der kulturellen Identität und Ethnizität in den Vordergrund. Gleichzeitig wurden die Cultural Studies parallel mit dem Poststrukturalismus an US-amerikanischen Universitäten institutionalisiert.

In den neunziger Jahren vollzog sich in Großbritannien eine ähnliche Entwicklung, als die neu aufgewerteten Fachhochschulen auf die Nachfrage einer neuen Studentengeneration mit Kursen zur Medienkritik reagierten. Hall schätzt solche Entwicklungen ziemlich kritisch ein. Zwar hält er eine beschränkte Institutionalisierung für unumgänglich und notwendig, weist aber auf die Entpolitisierung der Cultural Studies in den USA und in Großbritannien hin, wo sich die neuen Kurse marktförmig zunehmend an den Bedürfnissen der Medienindustrie orientieren.

Hall erhebt nicht den Anspruch, allein die Schule der Cultural Studies zu vertreten. In der weiteren, pluralen Verbreitung des Theorieprojektes sieht er im Gegenteil eine Chance. Gerade die Globalisierung ermögliche es, allgemeine Fragen einer kritischen Analyse symbolisch-kultureller Praxen aus den lokalen Besonderheiten der je eigenen kulturellen Situation heraus zu formulieren. Überhaupt beeindruckt an Hall die Fähigkeit, sich neuen Herausforderungen zu stellen, Weiterentwicklungen vorzunehmen, ohne alle früheren Fragestellungen und Bezugnahmen über Bord zu werfen. Vielfältige Anregungen aus den neusten Theorieströmungen aufnehmend, wendet er sich entschieden gegen postmoderne Beliebbarkeit: „Ich verstehe nicht, wie eine Praxis das Ziel haben kann, etwas in

der Welt zu verändern, ohne einen spezifischen oder eigenständigen Standpunkt einzunehmen, der ihr wirklich etwas bedeutet und den sie deutlich machen will. Das ist eine Frage der Positionierungen. Es stimmt natürlich, dass Positionen nie endgültig sind, dass sie nie absolut sind. Sie können nicht unbeschadet von einer politischen Konjunktur in die andere übersetzt werden; man kann nicht erwarten, dass sie am selben Platz bleiben.“ (S. 36)

Solche Relativierungen bedeuten auch eine Kritik an der Substantialisierung eines Konzepts wie schwarzer Kultur oder einer Fetischisierung des Subjekts: „Ich glaube, neue Theorisierungen der Anordnungen sozialer Positionierungen innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen werden Fragen behandeln müssen, die umfassender sind als unsere persönlichen Erfahrungen, ohne jemals die subjektive Dimension außer Acht zu lassen. Unsere eigene persönliche Erfahrung überschneidet sich mit diesen Strukturen, aber sie deckt sie nicht ab.“ (S. 149)

In der differenzierten Nachzeichnung verwickelter Verhältnisse zeigt sich Hall als Meister einer dialektisch-dialogischen Methode. Wiederum wird dies lebens- und sozialgeschichtlich verankert, nämlich im Begriff des Diaspora-Intellektuellen mit seiner paradigmatischen Ambivalenz: „genügend Entfernung, um das Gefühl des Verlustes und des Exils zu erleben und genügend Nähe, um das Rätsel einer auf ewig verschobenen ‘Ankunft’ zu verstehen.“ (S. 16)

Sechs der sieben hier veröffentlichten Texte und Interviews sind zwischen 1989 und 1993 entstanden. Hall erinnert gelegentlich daran, dass der Epochenumbruch von 1989 Ähnlichkeiten mit 1956 aufwies, einem „Zeitpunkt der Desintegration einer bestimmten

Art von Marxismus“ (S. 37). Im Vergleich äußert sich auch eine vorsichtige Hoffnung auf eine theoretische und politische Erneuerung. Allerdings fällt der Sammlung in dieser Hinsicht zum Nachteil aus, dass kein neuerer Text enthalten ist. Denn Stuart Hall greift weiter in die aktuellen Debatten ein. Und er ist, zusammen mit der Geografin Doreen Massey und dem Ökonomen Michael Rustin, Mitbegründer einer neuen Zeitschrift, *Soundings*.

In der ersten Nummer im Herbst 1995 wurde von „ungemütlichen Zeiten“ und davon gesprochen, dass der Rechtsrutsch in den westlichen Gesellschaften Anlass zur Beunruhigung gebe. Allerdings wolle die Zeitschrift „gerade der Meinung entgegentreten, die Ideale von Demokratie und Gleichheit seien ein für allemal erledigt“.

Seither sind entsprechende politische Theorieprojekte in Großbritannien in eine Krise ganz eigentümlicher Art geraten. Nach dem Labour-Wahlsieg von Blair im Mai 1997 hat der Regierungsapparat einen Teil der kritischen Intelligenz aufgesogen. Etliche ehemalige Kritiker befinden sich auf einem neuen Marsch durch die Institutionen. Zurück bleiben links von Labour eine paralysierte Linke und ein akademisches Ghetto. *Soundings* bemüht sich um eine neue Diskussionskultur untereinander und einen Dialog mit kontinentaleuropäischen Traditionen. Die Zeitschrift ist gediegen und anregend. Doch ihre Auflage und ihr Einfluss bleiben weit hinter allen Erwartungen und Notwendigkeiten zurück. Den Aufbruch einer Neuen Linken hat sie noch nicht zu fermentieren vermocht.

Literatur

- Hall, Stuart, 2000a: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Argument-Verlag, Hamburg
 Hall, Stuart, 2000b: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Argument-Verlag, Hamburg
 Hall, Stuart, 2000c: Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte

Schriften 3, herausgegeben und übersetzt von Nora Räthzel, Argument Verlag, Hamburg

Soundings. A journal of politics and culture. Dreimal jährlich, 192 Seiten, 10 Pfund (Soundings, 99a Wallis Road, GB-London E9 5LN)



José Bové, François Dufour Die Welt ist keine Ware

296 Seiten, Broschur, Fr./DM 30,-

Die Natur schlägt zurück –
Zeit für die große Agrarwende?

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei:
 Rotpunktverlag, Postfach, 8026 Zürich,
 Fax 01 241 84 74, E-Mail info@rotpunktverlag.ch

Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000 (351 S., Fr. 44.50)

Der sozialwissenschaftliche Mainstream scheint den Frieden mit den europäischen Verhältnissen weitgehend geschlossen zu haben. Die Majorität der Integrationsforschung orientiert sich auf ein zivilgesellschaftliches „Regieren jenseits des Staates“, auf institutionelle Teilbereichsordnungen also, die den nationalen Staat ergänzen, überwölben oder ersetzen, letztlich auf eine europäische „Governance without Government“.

Nicht nur politökonomische Analysen des europäischen Integrationsprozesses bleiben weitgehend auf der Strecke; sie blitzen allenfalls noch im „Varieties of Capitalism-Approach“ des neuen Institutionalismus auf. Vor allem werden die gesellschaftlichen Macht-, die politischen Herrschafts- und die weltökonomisch vermittelten Gewalt-, Unterwerfungs- und Knechtungsverhältnisse für erledigt erklärt. Gesellschaftliche Widersprüche scheinen sich auf der Ebene ihrer wissenschaftlichen Beschreibung aufzulösen. In der Kultur zivilgesellschaftlicher Beteiligung dominiert der Positivismus der Geschäftsführer. Die Globalisierung ökonomischer Beziehungen wird kaum ergründet, sondern als ökonomischen „Sachzwang“, der in der Sache nicht beim Namen genannt wird, vorausgesetzt. Verdrängt und vergessen wird ohnehin in aller Regel das eigentliche staatstheoretische und -praktische Apriori jeder politischen Tätigkeit: ihre liberalkapitalistische Präfiguration.

Ganz anders nun das Ansinnen des vorliegenden Bandes. Die Herausgeber, Mitarbeiter der Forschungsgruppe

Europäische Gemeinschaften (FEG) an der Universität Marburg, umtreibt die „Konfiguration Europas“ – die Bestimmung einer historisch-konkreten „conjuncture“, eines komplexen gesellschaftlichen Ganzen, das die ökonomischen, politischen und ideologischen Praxisformen an einem bestimmten Ort und in einem bestimmten Entwicklungsstadium umfaßt, also gerade nicht dessen separate Teile (und Teilbereichslösungen), die im Mittelpunkt der herrschenden Theorieströmungen stehen.

In ihrer Einleitung präzisieren Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber ausgehend von den Grenzen der neuen europäischen Regierungslehre ihr Anliegen: Es geht ihnen um das Offenlegen des *sozialen Charakters* des Integrationsprozesses, indem sie nach den tragenden Marktbeziehungen und Herrschaftsstrukturen und den darin eingelagerten Widersprüchen und Krisen fragen, insbesondere nach den „gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und der diesen zugrundeliegenden Akkumulations- und Krisendynamik“ (S. 13). In einer Kombination aus Regulationstheorie, Staatstheorie und neogramscianischer Internationaler Politischer Ökonomie soll die Hegemonie in der neuen Konfiguration Europas sichtbar werden.

Es geht demnach um nichts geringeres als um die Periodisierung nicht nur des europäischen Integrationsprozesses, sondern des historischen Kapitalismus überhaupt. Auf dem Hintergrund der Krise der fordistischen Formation und eines tiefgreifenden Formationswandels des Kapitalismus geht es um die politische Bestimmung einer Periode weltkapitalistischer Entwicklung. Um jedoch den Prozeß kapitalistischer Globalisierung nicht als einen Prozeß mißzuverstehen, der die histo-

risch nationalstaatlich geronnene Spezifik der Produktions- und Regulationssysteme einebnet, kommt eine „Globale Politische Ökonomie“, die sich dem Thema der europäischen Integration widmet, nicht umhin, die europäische Konkretion kapitalistischer Globalisierung herausarbeiten. Diese ist ohne einen Begriff von Hegemonie nicht zu haben. Es geht – daran lassen auch die meisten Beiträge des Sammelbandes keinen Zweifel – im krassen Unterschied zur herrschenden Forschungsperspektive um Prozesse der „Erweiterung des Staates“ (Antonio Gramsci), um eine staatstheoretisch fundierte Re-Politisierung der Diskussion um die europäische Integration. (Genau diese Fragen haben auch mich bewegt, als ich 1997 mein Buch „Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes“ vorlegte.)

Es ist hier nicht genügend Raum, alle Beiträge des Sammelbandes zu würdigen. Ich werde im folgenden mich auf thematisierte Fragenkomplexe beschränken, die meines Erachtens wichtige Impulse für die Weiterentwicklung und für die Schärfung *einer kritischen Theorie europäischer Integration* im oben genannten Sinne leisten, die also die Schnittstelle von ökonomischen Globalisierungsprozessen, transnationaler Vergesellschaftungsdynamik und wettbewerbsorientierter Reorganisation des europäischen Staates originär thematisieren.

Hervorzuheben ist hier zunächst der den Sammelband abschließende Beitrag von Frank Deppe, dem es gelingt, retrospektiv die Traditionslinien kritischer Europaforschung in ihrem Wandel zu skizzieren und den Blick auf wesentliche Kontinuitätslinien und neue Herausforderungen einer kriti-

schen Theorie europäischer Integration zu schärfen. Deppe sieht auch infolge der Durchsetzung einer neuen Formation des transnationalen Kapitalismus Kontinuität darin begründet, die historische Tendenz der Kapitalakkumulation als Prozeß der Bewegung von sozialen Widersprüchen zu verhandeln und Machtasymmetrien im kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß und damit die Konflikte und Kämpfe hervorzuheben (S. 334).

Stephen Gill fordert in seinem Beitrag im Sinne der methodologischen Anweisung Gramscis eine in den Mittelpunkt zu rückende Untersuchung der Kräfteverhältnisse und der „Dialektik von Hegemonie und passiver Revolution“. Hier sieht Gill das entscheidende theoretische Terrain betreten, um den sich auf der Grundlage eines transnationalen historischen Blocks durchsetzenden „disziplinierenden Neoliberalismus“ und die „Kultur des Marktes“ zu erfassen. Gill sieht für diesen neuen Machtblock eine „bedeutende europäische Basis“, die sich vor allem in einem relativen Übergewicht des exportorientierten produktiven Kapitals sowie des Finanz- oder Rentier-Kapitals manifestiert und in der „Bedeutung des ‘sozialen regulierten Marktes’ für den Konsens der Massen“ europäisch konkretisiert (S. 45): er nimmt die Gestalt eines „kompensatorischen Neoliberalismus“ an.

Gill sieht somit die europäische Integration als einen Prozess aus einem neuen historischen Block heraus, nicht aus der europäisch-spezifischen politischen Konstitution der Produktionsverhältnisse. Die Formen *europäischer Staatlichkeit* (und damit ihre Spezifik gegenüber anderen Institutionalisierungen des Machtblocks) können so letztlich nicht aus den Kräfteverhältnissen und den Konflikten des europäi-

schen Kapitalismus und seiner passiven Revolution erklärt werden. Hierzu finden sich wichtige Anregungen im Beitrag von Dieter Plehwe, der in der Verbindung von neo-gramscianischer Analyse und gesellschaftskritischen Ansätzen der Organisationssoziologie Potentiale sieht, die in der Debatte „über die Divergenz und Konvergenz nationaler Kapitalismen entwickelten Einsichten zu bewahren, ohne auf eine Erweiterung des analytischen Ansatzes auf die supra- und transnationalen Sphären sozialer (Organisations-)Beziehungen verzichten zu müssen“ (S. 277) – also genau jene „Dialektik von Hegemonie und passiver Revolution“ in den Griff zu bekommen, die Gill für die Analyse zurecht einfordert.

Alex Demirovic argumentiert gewohnt kenntnisreich gegen einen post-modernen Mythos europäischer Zivilgesellschaft und gegen ihr bürgerlich-demokratiethoetisches Pendant. Er hebt auf die originär herrschaftskritische Konnotation eines gramscianischen Begriffs von Zivilgesellschaft ab, auf „eine Form der staatlichen Herrschaftsausübung in der Form der Zustimmung und Selbstunterwerfung unter Herrschaft“ (S. 67). Auf dieser Grundlage gelangt Demirovic zu präzisen Bestimmungen des Charakters europäischer Integration als einem Prozeß, in dem der europäische Staat „auf seinen unterschiedlichen supranationalen, nationalstaatlichen, regionalen und lokalen Ebenen ... gerade dadurch neue Autonomie (gewinnt), daß er mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen in Verhandlung tritt“ (S. 65). Für die Kennzeichnung des europäischen Staats als besondere Form gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist die Transformation der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse entscheidend, die „in

Europa eine veränderte Gestalt annehmen und sich auf neuartige Weise materiell verdichten“ (S. 66).

Konsequent entwickelt Dorothee Bohle in ihrem Beitrag das Konzept eines „europäischen Wettbewerbsstaates“, der als hegemoniales Projekt einer gesamteuropäischen Unordnung auf der transnationalen Reorganisation des westlichen Produktionsmodells basiert, aber mittels selektiver Inwertsetzung östlicher bzw. südlicher Peripherien nicht nur neuartige Vermessungen von Ein- und Ausschließung hervorbringt, sondern auch eine neuartige Konfliktstruktur.

Diese *spezifische Staatserweiterung*, in die sich ausgeprägte politische Selektionsraster, also politische Entscheidungen, die gar nicht mehr zur Disposition stehen, einlagern, hat – wie Demirovic hervorhebt – „ein bestimmtes Hegemoniemuster zur Voraussetzung“ (S. 68). Weil sich Zivilgesellschaft auf „zivile Konfliktfähigkeit“ stützt (S. 56), läßt Demirovic keinen Zweifel daran, wo er den Kern der Veränderung der Kräfteverhältnisse verortet: „Es läßt sich ... vermuten, daß die Wirkungskraft der Zivilgesellschaft ... in erheblichem Maße von relativ starken Gewerkschaften abhängt, die vom Unternehmerlager einen stabilen Kompromiß erzwingen können. Mit der Schwächung der Gewerkschaften und der Destabilisierung des Kompromißgleichgewichts zwischen Lohnarbeit und Kapital geht auch das politische Gewicht alternativer Formen der Interessenvermittlung verloren“ (S. 61).

Der sich direkt anschließende Beitrag von Patrick Ziltener kommt dagegen erstaunlich formal daher: er erschöpft sich trotz interessanter Zugriffe auf den Wandel von Staatlichkeit und Integrationsweise zu oft in einem

Definitionsgerangel mit dominierenden Integrationstheorien, statt in einer originären theoretischen Grammatik die Veränderung von Staatlichkeit zu analysieren. Hier liefert der Beitrag von Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber über „Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration“ akzentuiertere Einschätzungen.

Die Brücke zwischen hegemonietheoretisch ausgerichteter Kapitalismusanalyse und ihren Wurzeln in der Reorganisation der Produktionsverhältnisse zu schlagen, ermöglicht das Thema des Beitrages von Thorsten Schulten zur „Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas“. Ausgehend von der gesellschaftstheoretischen Verortung der Gewerkschaften zwischen „Autonomie und Integration“ bzw. „Ordnungsfaktor und Gegenmacht“ versucht Schulten die Wege zu erkunden, auf denen sich gewerkschaftliche Interessen innerhalb eines transnationalen hegemonialen Blocks artikulieren. In der gerade in der europäischen Integration über wettbewerbskorporatistische Arrangements zu beobachtenden Einbindung der Gewerkschaften sieht Schulten nicht nur eine „Legitimationsressource zur Stabilisierung und Absicherung des gegenwärtig vorherrschenden Integrationstyps“ (S. 226), sondern kann er auch die europäische Konkretion der transnationalen Herrschaftssynthese plausibel machen.

Ob freilich die vorgeschlagene „europäische Koordination“ der Tarifpolitik (S. 238) ausreicht, gewerkschaftliche Autonomie und *Konfliktfähigkeit* wiederzuerlangen, um die hegemoniale Konstellation einer wettbewerbsorientierten Zurichtung sozialer Beziehungen zu durchbrechen, muß an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Einig ist

sich Schulten jedoch mit Bastiaan van Apeldoorn, der in seinem Beitrag die Definitionsmacht des „European Round Table of Industrialists“ im europäischen Integrationsprozeß skizziert und deutlich macht, daß diese nur durch die Entfaltung von (autonomer) Gegenmacht gebrochen werden kann.

Sammelbände kranken gemeinhin daran, daß sie keinen stringenten Argumentationsgang aufweisen. Daß dies nicht unbedingt so sein muß, verdeutlicht der vorliegende Band. Durch die gemeinsame Verpflichtung auf eine letztlich *hegemonietheoretisch* ausgerichtete Kapitalismusanalyse gewinnt der Band an Stringenz. Ein nicht gering in Anschlag zu bringendes Verdienst des Sammelbandes ist es darüber hinaus, führende Vertreter der neogramscianischen Globalen Politischen Ökonomie in die deutschsprachige Diskussion einbezogen zu haben. Henk Overbeek etwa nimmt seinen Beitrag zum Anlaß, den Amsterdamer Ansatz zu erörtern, um schließlich Schlußfolgerungen für eine kritischen Theorie der europäischen Integration zu formulieren (S. 181ff.).

Erstaunlicherweise (oder auch gerade nicht!) gelingt die Schärfung des Profils einer kritischen Integrationstheorie vor allem den Autoren, die sich nicht vorrangig in der Europaforschung tummeln. Insgesamt spiegelt der Band so das, was er ist: eine Tagungsdokumentation (Herbst 1999, Marburg), die sehr präzise den Stand der Diskussion widerspiegelt. Das macht den Band allemal zu einem Werk, dem man wünscht, im akademischen Betrieb massenhaft als „Perlen vor die Säue“ in Umlauf gebracht zu werden.

Bernd Röttger

Alain Thierstein / Martin Schuler / Daniel Wachter (Hrsg.): Grossregionen. Wunschvorstellung oder Lösungsansatz? Verlag Haupt, Bern, Stuttgart, Wien, 2000 (137 S., Fr. 38.–)

Andrew Watt: What has Become of Employment Policy? Explaining the Ineffectiveness of Employment Policy in the European Union. Basler Schriften zur europäischen Integration, Nr. 47/48, Europainstitut, Basel, 2000 (83 S., Fr.30.–)

Der erste Band wurde von der Schweizerischen Studiengesellschaft für Raumordnungs- und Regionalpolitik (ROREP) herausgegeben und sammelt Beiträge verschiedener Autoren aus Bund, Kantonen, Universitäten und der Privatwirtschaft. Er dokumentiert eine Tagung, die am 30. September 1999 in Langental stattfand und die vom ROREP und dem Bundesamt für Raumplanung (BRP) organisiert wurde. Die Beiträge weisen unterschiedliche Zielrichtungen auf. Während die meisten Autoren eine überkantonale Zusammenarbeit mit variabler Geometrie bevorzugen, befürworten andere die Schaffung von Grossregionen (Kantonsfusionen), wobei auch diese ein solches Projekt als ein langfristiges Ziel sehen, das über pragmatische Schritte der Zusammenarbeit zu erreichen ist.

Einleitend halten Martin Schuler und Michel Rey den Einfluss der Schaffung von Grossregionen im Rahmen der Statistik fest. Dem Bund ging es dabei vor allem um eine EU-kompatible Datenerhebung. Die Kantone wurden bei der Festlegung der Grossregionsgrenzen einbezogen. Die eher administrative Einteilung in Grossregionen wurde dann von der Presse und von politischen Akteuren aufgegriffen, um politische Vorschläge räumlicher Reorganisation zu entwerfen.

Bei den Befürwortern von Gebietsreformen werden gewöhnlich die mangelnde (Kosten-)Effizienz der bisherigen räumlichen Aufteilung sowie das fehlende Zusammenfallen von Nutzniessern, Lasten- und Entscheidungsträgern beklagt. Zudem wird das Demokratieproblem der „variablen Geometrie“ hervorgehoben. Zuletzt weisen die Gebietsreformer darauf hin, dass in freier Kooperation von Gebietskörperschaften nur dann Entscheidungen getroffen werden, wenn alle Beteiligten Nutzen davon haben. Grossregionen hätten den Vorteil, harte Entscheidungen gegen den Willen mancher Kantone durchsetzen zu können.

Grössere Effizienz grösserer Einheiten wird dabei einfach mal behauptet, mangelnde Effizienz der Kantone wird - jedenfalls im Buch - nicht empirisch nachgewiesen. Bei den Befürwortern einer räumlichen Reorganisation stehen denn auch die EU-Kompatibilität und der Standortwettbewerb deutlich im Vordergrund. Hinsichtlich des - an sich wünschenswerten - Zusammenfallens von Nutzniessern, Lasten- und Entscheidungsträgern unterlassen die Befürworter einer Gebietsreform die Untersuchung der Frage, ob eine solche Übereinstimmung in einer zunehmend verflochtenen Welt überhaupt möglich ist. Stellen sich auf „höherer“ Ebene nicht jeweils die selben Probleme wie auf tieferer Ebene? Wer diese Frage positiv beantwortet, muss nach neuen Wegen suchen, um die politischen Entscheidungsprobleme (Demokratieproblem, Effizienzproblem, Transparenzproblem) von vernetzten institutionellen Ebenen und Gebietskörperschaften zu lösen. Fusionen und die Schaffung grösserer Gebilde tragen in diesem Falle nur zu einer Verschärfung der Probleme durch zusätzliche Entfernung der Entscheidungszentren

von den Bürgerinnen und Bürgern bei. Hervorzuheben ist überdies, dass das Demokratieproblem von Autoren hervorgehoben wird, die bezüglich der EU-Integration kaum demokratiepolitische Bedenken äussern.

Martin Schuler und Michel Rey weisen darauf hin, dass der Grossregionalisierungsdruck teilweise erst durch den Rückzug der Bundesebene von der Bereitstellung der schweizweiten Netze (z.B. Bahn) entsteht. Sobald die Vernetzung und Bedienung von Randregionen nicht mehr durch zentrale Organisation garantiert sind, müssen diese sonstwie gewährleistet werden (S. 24). Im übrigen betonen sie die Tatsache, dass bei der Konzeption von Grossregionen eindeutige Gefälle zwischen diesen festzustellen sind. Das wird durch die Sozialpolitik teilweise ausgeglichen, teilweise verschärft. So profitierte die Bevölkerung der Westschweiz in den vergangenen Jahren einerseits von der Arbeitslosenversicherung; andererseits wird sie durch eine unsoziale Krankenversicherungspolitik zur Kasse (Kopfprämien) gebeten, was dazu führt, dass in der Westschweiz pro Kopf teilweise doppelt soviel an Krankenkassenprämien bezahlt werden muss als in der Ostschweiz.

Paul Messerli unterstreicht in seiner Analyse vor allem den Standortwettbewerb. Die Bildung von Grossregionen wird als nötig erachtet, um im globalen Konkurrenzkampf im Rahmen des Standortwettbewerbs besser Präsenz markieren zu können. Die Schweiz wies früher eine duale Struktur aus Export- und Binnenwirtschaft auf, die auf einem politischen Arrangement beruhte: die wettbewerbsfähige Exportwirtschaft konnte ihre Interessen durchsetzen, weil sie die Binnenwirtschaft als Zulieferer berücksichtigte und auch politisch mithalf, schwächere

Teile vor der internationalen Konkurrenz zu schützen. Diese Konstellation bricht nun durch die Deregulierung fast aller Märkte auf und es gibt nur noch die eine, internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Grenze zwischen Binnen- und Exportwirtschaft wird aufgehoben.

Einzig das lokale Gewerbe unterliegt noch einem Distanzschutz und profitiert vom Standortvorteil der unmittelbaren Kundennähe. Im neuen Umfeld verfügen laut Messerli vor allem grössere Stadtregionen mit internationalen Branchenclustern, spezialisierten Arbeitsmärkten und einer hohen Qualität und Funktionssicherheit der Infrastrukturen sowie internationaler Erreichbarkeit an Entwicklungspotential. „Die neue Sichtbarkeit von Wirtschaftsräumen erfordert ein Umdenken in der Schweiz, weil diese aufgrund ihrer Exportabhängigkeit wie kein zweites Land auf international wettbewerbsfähige Standorte angewiesen ist.“ (S. 77). Messerli fordert eine Reintegration von Stadt und Land, die auf einer Ausrichtung des Landes auf die Stadt beruht und eine Unterordnung des Landes unter die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stadt beinhaltet. „Und schliesslich könnte auf der Basis dieser neuen Raumstrukturen ein echter föderalistischer Wettbewerb die Innovationskraft der Schweiz beleben“ (S. 80).

Neben den Deregulierern, die konsequenterweise auch immer wieder das EWR-Nein der Schweiz bedauern, kommen im Buch Autoren zu Worte, die eher Anhänger der „variablen Geometrie“ sind. Sie betonen im allgemeinen, dass es eine für alle Interessen „beste“ Grenzziehung weder heute noch in Zukunft geben kann. Die variable Geometrie wird auch vertreten, weil einer politischen Reorganisation der

Schweiz (Kantonsfusionen) jedenfalls kurzfristig keine Chancen eingeräumt werden. So werden auch die Vorteile der Flexibilität der variablen Geometrie hervorgehoben: je nach Problemlage können andere Gruppen von Kantonen zusammenarbeiten. Von dieser Seite wird das Demokratieproblem der variablen Geometrie kaum diskutiert; entsprechend werden dafür auch keine Lösungsvorschläge angeboten.

Die Interreg-Programme der EU werden in den Beiträgen mehrmals erwähnt. Eine eingehendere Analyse erfolgt jedoch nicht. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weist laut den Autoren einerseits eine „integrationspolitische“ Komponente auf, andererseits soll sie es den grenznahen schweizerischen Zentren (Genf, Basel, St. Gallen, Lugano) ermöglichen, gleichsam Hinterland hinzuzugewinnen und dadurch im internationalen Standortwettbewerb das nötige Gewicht zu erlangen.

In einigen Beiträgen wird die offizielle Politik der Bundes erläutert. Der Bund verfolgt offiziell keine Politik der Fusion von Kantonen in Grossregionen. Dies auch schon deswegen, weil nach schweizerischem Staatsverständnis das eine Sache der Kantone und nicht des Bundes wäre. Der Bund fördert jedoch die Kooperation zwischen den Kantonen. „Die künftige Regionalpolitik will die Wettbewerbsfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung in den Teilgebieten unseres Landes fördern und zur Erhaltung der dezentralen Wohnortsqualität beitragen. Dies erfordert eine aktive, vorausschauende Politik, welche die wirtschaftlichen Anstrengungen und den Ausbau der Infrastruktur in den Regionen unterstützt. Dazu gehört auch eine gesamträumliche Betrachtung, welche Interdependenzen zwischen Ballungs-

und Entleerungsgebieten berücksichtigt. Neben den kleinräumigen Regionen richtet sich die künftige Regionalpolitik auch auf kantonsübergreifende Grossregionen aus. Diese Einheiten eignen sich als Ansatzpunkt für raumordnungspolitische Koordination, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur angemessenen Dezentralisierung von Bundesaufgaben“ (Botschaft des Bundesrates zur „Neuorientierung der Regionalpolitik“, BBI 1996 II 1105f).

Eine andere Frage, die in der Schweiz von den Befürwortern eines EU-Beitritts kaum diskutiert wird, lautet: Was wurde aus der EU-Beschäftigungspolitik? Andrew Watt nimmt eine kritische Lagebeurteilung der EU-Beschäftigungspolitik vor. Im März 2000 belief sich die Arbeitslosigkeit in der Währungs- und Wirtschaftsunion auf 9.4 Prozent und in der EU insgesamt auf 8.7 Prozent. Die EU-Länder lassen es zu, dass fast ein Zehntel ihrer Arbeitsressourcen brachliegt. Dabei ist zu beachten, dass diese Zahlen sich nur auf die registrierte Arbeitslosigkeit beziehen.

Nachdem die Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren auf relativ hohem Niveau blieb, und dann anfangs 90er Jahre stark stieg und sich auf hohem Niveau stabilisierte, versuchte die EU aktiver zu werden. Das berühmte *Weissbuch* über *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung* ist als Antwort auf diese Phänomene zu verstehen. Die Hauptforderung bestand darin, dass „Europa“ wettbewerbsfähiger zu werden hat – dann würde sich durch zusätzliches Wachstum die Beschäftigungslage verbessern. Prioritär müsse die Geld- und Fiskalpolitik auf Stabilität ausgerichtet werden – für die Beschäftigung würden sich daraus von selbst positive

Wirkungen ergeben. Im Zuge der Vorbereitungen zur Währungsunion wurde von der EU ein starker Akzent auf die Konsolidierung der Haushalte gelegt. Durch die rigorose Sparpolitik in den neunziger Jahren verschärfte sich die Arbeitslosigkeit und führte zu steigenden Auslagen für die Arbeitslosen und dadurch zu zusätzlichen Kürzungen in anderen Budgetposten.

Durch den Maastrichter und Amsterdamer Vertrag hatten die EU-Mitgliedstaaten jegliche Kontrolle über ihre Geld- und Wechselkurspolitik verloren und auch weitgehend die Kontrolle über ihre Steuer- und Ausgabenpolitik. Was den Mitgliedstaaten blieb, war eine reine Arbeitsmarktpolitik. Die Wirtschaftspolitik kann nur mehr via Lohnpolitik beeinflusst werden. Lohnrends müssen mit den regionalen Produktivitätstrends übereinstimmen, da sonst Arbeitslosigkeit importiert – oder exportiert wird –, ohne dass dadurch die EU-Arbeitslosenraten beeinflusst werden. Damit hat sich die EU in eine Lage hineinmanövriert, in der die Mitgliedsstaaten weitgehend machtlos sind, während die Europäische Zentralbank auf eine monetaristische, stabilitätsorientierte Politik festgelegt ist, für welche die Beschäftigung ein untergeordnetes Ziel darstellt.

Watt untersucht den institutionellen Hintergrund dieser Politik. Die Entscheidungsprozesse der EU sind undurchsichtig und bevorzugen jene sozialen Akteure, die ihren Weg durch das Wirrwarr der Institutionen finden. Sie ziehen Nutzen aus dem Mangel an Transparenz und von den Schwierigkeiten, die politische Verantwortung bei bestimmten Institutionen dingfest machen zu können. Hinzu kommt, dass die EU zwar die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten einschränkt, selber jedoch nicht die Kompetenzen hat, europäi-

sche Sozialpolitik zu betreiben. Dies liegt zum Teil an der Schwäche der Gewerkschaften auf der EU-Ebene. Die EU-Rahmengewerkschaft spielt, verglichen mit den nationalen Aufgaben der Gewerkschaften, eine untergeordnete Rolle. Die EU-Richtlinie zur Einsetzung europäischer Betriebsräte (EBR) gibt es seit 1994, doch die Revision wird verschleppt – und damit bleibt die gewerkschaftliche Interessenpolitik bis heute begrenzt. Klasseninteressen überschneiden sich aber mit den Interessen der Länder.

Auch zeigen die mächtigen Unternehmerverbände kein Interesse daran, mit den Gewerkschaften auf der EU-Ebene verbindliche Verträge abzuschliessen, da die EU nicht mit einer eigenen Gesetzgebung für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen der Sozialpartner drohen kann. Die Unternehmer können schliesslich auch die EU und die Gewerkschaften mit der Drohung, mobile Produktionsfaktoren abzuziehen, erpressen.

Ein weiterer institutioneller Faktor von Bedeutung ist der EU-Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Er spielte bei der Verwirklichung des Binnenmarktes eine wichtige Rolle (Urteil „Dassonville“ von 1974 und Urteil „Cassis de Dijon“ von 1979 des EG-Gerichtshofes) und sah sich selber als „Motor der Integration“. Auf Grund der Verträge wirkte der Gerichtshof deshalb als Marktmacher und nicht als Marktkorrigierer. Hinzu kommt die Schwäche des Europa-Parlamentes in Strassburg/Brüssel. Fazit: Es gibt auf EU-Ebene keine Institution, die auf Druck der Basis hin eine beschäftigungsfreundliche Politik aktiv betreiben könnte. Das dürfte vor allem den Gewerkschaften zu denken geben.

Paul Ruppen

Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock, Peter Wahl: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Westfälisches Dampfboot, Münster 2000 (204 S., 29,80 DM)

UN-Kommissionen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten des öfteren als Promotoren von Schwammwörtern und „begrifflichen Allesklebern“ profiliert. Schillerndes Beispiel ist der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“. Seiner potentiell kritischen Implikationen weitgehend entledigt, ist er mittlerweile zu einer kaum noch umstrittenen Formel für die Versöhnung von kapitalistischer Expansion, Naturaneignung und Entwicklung avanciert. Der Begriff ist gesetzt, Forschung kann betrieben werden, Politik ihn vernutzen. Eine grundlegendere Thematisierung möglicher Widersprüche im Verhältnis von gesellschaftlichen Naturverhältnissen und kapitalistischer Produktion oder selbst nur anders lautende, nicht dominante Interpretationen von „Nachhaltigkeit“ finden hierbei kaum mehr Raum.

Der Begriff „*Global Governance*“ hat gute Chancen, eine ähnliche Karriere zu durchlaufen. Von der „UN-Kommission on Global Governance“ diskutiert und einer breiteren Öffentlichkeit 1995 in Form eines Berichts zugänglich gemacht, wird er mittlerweile wissenschaftlich zu einem Rahmenkonzept angereichert, das die „Menschheitsprobleme“ in einer globalisierten und denationalisierten Welt lösen und somit zugleich einen Ausweg aus der politischen Steuerungskrise weisen soll.

Die Autoren der von der Heinrich-Böll-Stiftung und WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) herausgegebenen Studie zu „Global

Governance“ hegen jedoch starke Zweifel, ob es sich bei diesem Konzept, wie von den Hauptprotagonisten dieses Diskurses in Deutschland Franz Nuscheler und Dirk Messner (Institut für Entwicklung und Frieden) angenommen, um eine „Alternative zur neoliberalen Globalisierung“ handelt. Insofern bezweifeln sie auch, ob es als Leitbild für emanzipatorische Politikprozesse dienen kann. Dabei betonen sie zunächst durchaus das Verdienst des „Global Governance“-Diskurses: „Er schärft den Blick dafür, dass emanzipative Veränderungen nicht von alleine aus den Globalisierungskrisen erwachsen, sondern nur durch Kritik und gesellschaftlich bewußtes Handeln“ (S. 47).

Was freilich unter Kritik zu verstehen ist, da scheiden sich die Geister erheblich. Ist Kritik, so fragen die Autoren, denn umfassend überhaupt möglich, wenn Macht- und Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und im internationalen System keine systematische Beachtung finden?² Wenn die Geschlechterfrage nicht aufgenommen wird und wenn Demokratisierung zuvorderst an technokratischer und effizienzorientierter Modernisierung des internationalen Systems bemessen wird? Rauscht die Hoffnung auf Problemlösung durch transnationale Netzwerke von Regierung, Wirtschaft und „Zivilgesellschaft“ nicht an den Strategien, Interessen und der realen Durchsetzungsmacht dominanter Akteure vorbei? Und was sind überhaupt die „Menschheitsprobleme“, die der Lösung harren? Was nutzt schließlich die Forderung nach einer letztlich abstrakten und zudem an westlichen Modellen orientierte „Weltethik“?

Die Auflistung weiterer Kritikpunkte wäre zu lange, die Lektüre des Buches ist zu empfehlen.

Entscheidend für den Stil und die Glaubwürdigkeit der Studie ist jedoch, dass die vielfältigen Kritiken keineswegs abstrakt bleiben. In den verschiedenen Kapiteln wird nicht nur die Entwicklung des Diskurses über „Global Governance“ umfassend nachgezeichnet. Sein Entstehungskontext selbst, also die Restrukturierung kapitalistischer Gesellschaften im Zuge neoliberaler Globalisierung, wird kritisch und gesellschaftstheoretisch umrissen. Darüber hinaus werden die bereits bestehenden Strukturen internationaler politischer Regulierung analysiert, deren bestehende und historisch gewachsene Vermachtung im „Global Governance“-Diskurs bestenfalls als hemmendes Randphänomen zur Kenntnis genommen wird.

An der Studie kann sicher moniert werden, dass sowohl einige Bereiche gesellschaftlicher Entwicklungen als auch konkrete Einschätzung – beispielsweise über die Rolle von *Nicht-regierungsorganisationen* (NGOs) oder über die Verwendung des Begriffs „Problem“ – etwas knapp dargestellt werden. Insofern sind in den verschiedenen Abschnitten, für die jeweils einzelne Autoren verantwortlich zeichnen, durchaus unterschiedliche politische Beurteilungen und auch wissenschaftliche Orientierungen zu bemerken. Mit anderen Worten: Die Studie wirkt insgesamt nicht nur überkomplex und gedrängt, sondern auch heterogen.

Dies sollte jedoch die Leistung keineswegs schmälern. Die Studie dient zunächst einmal als orientierende, umfassende und trotz der Dichte erstaunlich gut lesbare Bestandsaufnahme der widersprüchlichen, globalen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Aber die Absicht der Verfasser geht darüber freilich hinaus. Was sie eint, ist die wohlbegründete Skepsis gegen-

über der Praxis, gesellschaftliche Widersprüche durch verkürzte, politisch-motivierte Wissenschafts- und Diskursproduktion einfach wegzudefinieren. Denn gerade die Ausblendung von Widersprüchen und Machtverhältnissen, die Verwandlung der Welt zu einem schlichten Problembearbeitungsterrain ist nicht nur – sei dies den Protagonisten einer Global Governance bewußt oder auch nicht – ein Vorgehen, das die sogenannten „Menschheitsprobleme“ überhaupt nicht erfaßt. Es erscheint auch als ein exklusorisches Projekt, das selbst machtgestützt die Marginalisierten und deren ganz konkrete und alltägliche Konflikte und Bedrohungen entweder nicht mehr wahrnimmt oder nicht mehr wahrnehmen will.

Einig sind sich die Autoren auch darin, dass ohne die Rehabilitation einer nicht an derartiger Lösung „abstrakter“ Probleme und effizienter Steuerung orientierten kritischen Wissenschaft die Grundlagen für eine weitertreibende emanzipative Praxis nur schwer gestärkt werden können. Daran anknüpfend erscheint ihnen ein nicht etatistisch verkürzter Politikbegriff ebenso notwendig wie ein erweitertes Verständnis von Demokratie und auch von der Bedeutung gesellschaftlicher Gegenmacht.

Freilich wird die Studie nicht per se einen Konsens für politische Einschätzung und Strategie stiften. Aber auch dies ist nicht das Ziel. Die Autoren vermeiden gerade, etwas definitiv zu setzen – oder klare Handlungsanweisungen zu liefern. Es geht ihnen zunächst offenbar darum, Handlungsmöglichkeiten und vor allem Handlungsgrenzen aufzuzeigen und sowohl bei politischen Aktivisten als auch bei Wissenschaftlern zu Diskussion und Reflexion anzuregen. Es geht darum,

einen wohlbegründeten Rahmen für die alte Debatte um Emanzipation und deren Praxis neu zu umreißen.

Zugleich ist die Studie ein gelungener Versuch, die Zentren der Diskursproduktion herauszufordern (zur Kontroverse vgl. u.a. Brand, Falk, Nuschler, Scherrer 2000). Es ist eine Kritik sowohl an dominanten Politikformen als auch am vorherrschenden Wissenschaftsverständnis. Eine Kritik, die gerade wegen der politisch äußerst wirkungsmächtigen Internalisierung der Wettbewerbslogik und der fortschreitenden Selbst-Instrumentalisierung der Akademien nicht unmittelbar auf offene Ohren treffen dürfte. Aber das Ende der Geschichte ist nicht erreicht und somit dürften

auch diejenigen nicht verschwunden sein, die sich nicht mit diskursiven Phrasen abspeisen lassen. Für diese wird das Buch eine äußerst interessante Lektüre sein. Aber auch die „Global Governance“-Protagonisten werden kaum umhin kommen, über polemische Reaktion hinaus Stellung zu beziehen – nicht zuletzt weil hier eine Studie vorliegt, die hinsichtlich einzelner Sachfragen, der ausgeführten Kritik und deren Begründung wesentlich umfassender ist, als die mageren Publikationen, die bislang das „Global Governance-Konzept“ zu untermauern und zu verteidigen versuchen.

Johannes Wolf

Literatur

- Brand, Ulrich, 2000: Global Governance – neue Weltordnungspolitik? Widerspruch, Heft 38, Globalisierung und Widerstand, Zürich
- Falk, Rainer, 2000: Global Action contra Global Governance? WEED, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 10, Bonn

- Nuscheler, Franz, 2000: Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept. Prokla, Heft 118, Münster
- Scherrer, Christoph, 2000: Global Governance. Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus. Prokla, Heft 118, Münster



INPREKORR - die marxistische Monatszeitschrift mit Berichten von politisch Aktiven aus der ganzen Welt

Einzelheft: 5 DM
 Jahresabo: 50 DM
 ermäßigtes Abo: 25 DM
 Probeabo (3 Ausgaben): 10 DM
 Bestellung bei: Neuer Kurs GmbH
 Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln

Die Inprekorr wird herausgegeben vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale

José Bové, François Dufour: Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis. Interview: Gilles Luneau, Rotpunktverlag, Zürich 2000 (294 S., Fr. 30.–)

Heike Walk, Achim Brunnengräber: Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Westfälisches Dampfboot, Münster 2000 (336 S., Fr. 44.50)

Auf dem Umschlagbild des Buches strahlt uns ein triumphierender José Bové entgegen, seine mit Handschellen gefesselten Fäuste in die Höhe reckend. Ein Foto aus dem Jahr 1999, als sich Bové freiwillig den Untersuchungsbehörden stellte. Sie hatten ihn zusammen mit fünf weiteren Bauern der alternativen Bauerngewerkschaft *Confédération Paysanne* zur Verhaftung ausgeschrieben, nachdem diese ein im Bau befindliches Mac Donalds Restaurant symbolisch „demontiert“ hatten. Es war der Auftakt ihrer Kampagne gegen „malbouffe“, das schlechte Essen, die sich zu einer breiten internationalen Bewegung gegen Liberalisierung und Marktderegulierung im Rahmen der WTO, gegen Gentechnik und Agroindustrie ausweitete. Das ganze Buch ist ein Interview des Journalisten Gilles Luneau mit José Bové, Schafbauer aus Südfrankreich, und seinem Mitstreiter François Dufour, Biobauer aus der Normandie.

Die kapitalistische Wachstumsideologie und die Weltordnungspolitik à la WTO haben die wirtschaftlichen Ungleichheiten weiter verschärft. Zu den grossen Verlierern gehören die südlichen Länder; sie haben keine finanziellen Möglichkeiten, durch Direktbeihilfen die eigene Landwirtschaft zu stützen. Die im Rahmen der WTO erzwungene Markttöffnung führt zudem zum Import billigerer Grundnahrungsmittel,

wodurch die eigenständige Produktion und der nationale Markt zerstört wird.

Aber auch in Europa trifft die erzwungene Markttöffnung und dem damit zusammenhängenden Zusammenbruch der Produzentenpreise in erster Linie die kleinen Produzenten. Hinzu kommt der zunehmende Einfluss der industrialisierten Landwirtschaft und Gentechnologie, was zu einem enormen Machtzuwachs der Agromultis im Ernährungsbereich geführt hat und für die KonsumentInnen, wie sich heute zeigt, nicht abschätzbare Risiken (BSE, Seuchen, malbouffe) birgt. Demgegenüber fordern Bové/Dufour das „Recht der Völker, sich selber zu ernähren und frei und demokratisch zu entscheiden, welche Art von Landwirtschaft sie betreiben wollen.“ (S. 218)

„Die Welt ist keine Ware“ – angesichts der global bestehenden Machtverhältnisse gibt es kaum Verhandlungsspielraum. Es geht darum, die weitere Liberalisierung im Rahmen der WTO zu stoppen und die sozialen und allgemeinen Menschenrechten auch im internationalen Handel einzufordern. Deshalb fanden sich die Bauernorganisationen zusammen mit Gewerkschaften, Umweltorganisationen und vielen Nicht-Regierungs- und Basisorganisationen im November 1999 zum gemeinsamen Protest gegen die WTO zusammen: „Seattle war die Geburtsstunde bürgerlicher Gegenmacht“, sagt Bové (S. 241) und markierte die „Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber der Ökonomie“ (S. 232).

Optimistisch schätzt Bové die Heterogenität der Positionen und Ziele dieser WTO-Gegnerschaft ein. Dass die einen die WTO radikal abschaffen wollen, während andere einer grundlegenden Reform das Wort reden, ist für ihn kein Widerspruch: „Die Stärke dieser

weltweiten Bewegung besteht doch gerade darin, dass sie je nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche Ausprägung finden darf und dennoch oder gerade deshalb Vertrauen zwischen den einzelnen Gruppen schafft. Von Seattle ist zu lernen, wie vorderhand völlig unterschiedliche Gruppen mit zum Teil gegensätzlichen Anschauungen innerhalb dieser acht Tage Vertrauen zueinander fassten. (...) Die lokalen Kämpfe, die aus dieser Dynamik hervorgingen, können sich fortan auf die Erfahrung und Solidarität der weltweiten Protestbewegung stützen.“ (S.241)

Ob dies inhaltlich reicht, um mit Alternativen und langfristigen Strategien auf die „Komplexität unserer Welt“ zu antworten, wird sich zeigen.

Mit dem Weltsozialforum von Porto Alegre Ende Januar 2001 wurde auf jeden Fall ein weiterer Schritt in diese Richtung getan. Und José Bové war wiederum dabei: Zusammen mit brasilianischen Landlosen rissen sie gentechnisch veränderte Sojapflanzen auf einem Versuchsfeld des Agromultis Monsanto aus. Aktionen, die im Verständnis von Bové und seinen Mitstreitern heute entscheidend sind. Sie ersetzen offensichtlich Theorie, sind aber nicht gleichbedeutend mit Aktionismus, und im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen um Polizeigewalt und Kriminalisierung von GlobalisierungsgegnerInnen sind die Worte erhellend: „Die Aktion um der Aktion willen ist unsere Sache nicht, sondern Bewusstseinsprozesse in Gang zu setzen und die Menschen einzubeziehen. (...) Um sein Recht durchzusetzen, sind oft illegale Handlungen notwendig. Das ist eben unser Verständnis des Zusammenhangs von gewerkschaftlicher Aktion, politischem Handeln und Aufklärung. Wenn die Sache gerecht und die Aktion symbolisch ist, wenn man

sich nicht versteckt und anonym handelt, hat man die Öffentlichkeit früher oder später auf seiner Seite. (...) Und das Wichtigste: Man muss davon überzeugt sein, dass man durch solidarisches Handeln wirklich etwas bewegen und verändern kann.“ (S.244)

Das Gespräch mit Bové/Dufour dreht sich um Fragen der nationalen und internationalen Agrarpolitik, des Widerstandes der Bauerngewerkschaft in Frankreich und der internationalen Ausweitung gegen die WTO in Seattle und darüber hinaus. Einige der Gesprächsthemen bedürfen aber einer vertieften Klärung, so z.B. was die Forderung nach Abschottung der nationalen Grundnahrungsmittelproduktion oder die Relativierung der existierenden Differenzen innerhalb der Anti-Globalisierungsbewegung angeht. In seiner Gesamtheit ist das Gespräch jedoch von einem ansteckenden Optimismus geprägt, auf den einzulassen sich auf jeden Fall lohnt: „mit unserer Bewegung fassen sie [die Protestierenden von Millau, US] erneut Vertrauen in die Möglichkeit, etwas zu verändern.“ (S. 268)

Hier schliesst eine zentrale Frage der Studie von Walk/Brunnengraber „Die Globalisierungswächter“ an: Sind Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) „Widerpart zum System“ oder eher „Bestandteil eines politischen Herrschafts- und Regulationskomplexes“ (S.16)? Oder gilt angesichts der Ereignisse rund um das Weltwirtschaftsforums (WEF) 2001 in Davos, wo sich erneut einige NGO mit dem WEF arrangierten oder an einem Gegenkongress zusammenfanden, während öffentliche Kundgebungen mit immenser Polizeigewalt verhindert wurden, gar die Einschätzung von Alex Demirovic, NGO seien „staatlich lizenzierte private Organisationen, die

zu einem Politikverständnis beitragen, in dem sich gesellschaftliche Veränderungen nur im Konsens mit Wirtschaft und Politik erzielen lässt. Mit dem Protest der schon nicht mehr so Neuen Sozialen Bewegungen verbindet die NGO kaum mehr als die thematischen Anlässe“ (FR 15.1.01)?

„Nichtregierungsorganisation“ ist wie „Zivilgesellschaft“ ein äusserst diffuser Begriff, der jedoch seit den 90er Jahren und etwa im Rahmen der „Global-governance“-Debatte eine eigentliche Hochkonjunktur in unterschiedlichen Diskursen erreicht hat. Walk/Brunnengräber lassen sich nicht auf eine abstrakt theoretische NGO-Diskussion ein, sondern analysieren deren Handeln und Rolle „entlang der realen internationalen Klimapolitik“ seit der UN-Umweltkonferenz von Rio 1992, an der die NGO erstmals eine wichtige Rolle spielten.

Der Treibhauseffekt wirkt sich weltweit aus und kann auf nationalstaatlicher Ebene nicht gelöst werden. Die Nachfolgekonferenzen von Rio versuchten mittels Reduzierung der Treibhausgase (Kyoto-Protokoll) eine internationale Lösung zu erreichen, die aber nach dem letzten Treffen vom November 2000 in Den Haag als gescheitert betrachtet werden muss. „Die Ökonomisierung der Umweltpolitik ist soweit fortgeschritten, dass neoliberale Strategien und wirtschaftliches Wachstum als die Problemlösung erscheinen.“ (S. 90) Statt einer umfassenden Umweltpolitik wird auf den Handel mit Emissionswerten und Technologie gesetzt.

Dass der hoffnungsvolle Aufbruch von Rio im Debakel von Den Haag endete, zeigt die beschränkte Macht der Umwelt-NGO und die Problematik ihrer institutionellen Einbindung. Walk/Brunnengräber weisen aber auch auf den Umstand hin, dass im Rio-

Prozess der UNO die Wirtschaft und Gewerkschaften ihre Interessen ebenfalls als NGO in den Diskussions- und Verhandlungsprozess eingebracht hatten und diese oftmals miteinander korrelierten: Ging es den einen ums Wachstum, so ging es den andern um die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Die Umwelt wurde von beiden hintenangestellt!

Im zweiten Teil wird das Climate Action Network (CAN), das weltweite Netzwerk von über 300 NGO und wichtigster Umwelt-Akteur im Rio-Prozess ausführlich vorgestellt und kritisch hinterfragt. So zeigt sich schnell, dass innerhalb der NGO-Szene die Unterschiede sehr gross sind. Nur wenige, wie etwa WWF oder Greenpeace, sind überhaupt in der Lage, weltweit beachtete Kampagnen zu führen. Und aufgrund ihrer eingeschränkten Ressourcen können die NGO aus der Dritten Welt oder Osteuropa kaum Einfluss ausüben.

Trotzdem, stellen Walk/Brunnengräber anhand des CAN fest, gelang es internationalen NGO-Netzwerken, mittels Lobbying, Fachwissen, Medienkampagnen, Öffentlichkeits- und Projektarbeit die internationale Klimapolitik zu beeinflussen. Hinzu kommt, dass NGO-Netzwerke im internationalen System ein gesellschaftliches Vakuum füllen konnten: „Die Artikulation und Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen in der globalen Arena entbehren der gesellschaftlichen Legitimation, wie sie im Nationalstaat die Parteien haben.“ (S.269) Genau diese Leerstelle füllen NGO mit ihrem Anspruch auf Vertretung von Allgemeininteressen und der Umwelt aus, ohne dabei das Problem der eigenen Legitimation gelöst zu haben.

Walk/Brunnengräber zeigen in ihrer detaillierten Analyse auf, wie vielschichtig und seinerseits komplex das Handeln und die Rolle von NGO sind.

Sie beziehen sich dabei auf die theoretischen Konzepte der „neuen sozialen Bewegungen“, der „Zivilgesellschaft“ und die „Netzwerktheorie“, die alle von ihrem Standpunkt aus einen Erklärungsansatz liefern. Grundsätzlich stellen sie die beschränkte Verhandlungsmacht der NGO selbst innerhalb des Konfliktfeldes „Klima“ mit einer weitgehenden Vernetzung und stark international agierenden NGO fest. Ganz zu schweigen von entscheidenden Politikfeldern wie IWF/Weltbank oder NATO, G7/G8, wo den NGO der Zugang verschlossen bleibt.

Wenn auch viele NGO im Zuge der Organisationsentwicklung und eines Institutionalisierungsprozesses aus sozialen Bewegungen hervorgegangen sind, so geht ihnen nach Walk/Brunnengräber heute der Anspruch auf ge-

sellschaftliche Alternativen ab: „Nicht emanzipative Gesellschaftsveränderung, Protest oder Gegenkonzepte zur herrschenden Politik bestimmen das NGO-Handeln, sondern thematische Spezialisierungen, die die kapitalistische Modernisierung zum Ziel haben. Dieses Politikverständnis ist eine wesentliche Voraussetzung, um auf internationaler Ebene agieren zu können. (...) Daher ist auch der Begriff der konfliktiven Kooperation für die Beschreibung des Politikverständnisses von NGOs trefflicher als derjenige des Protests, der bei den neuen sozialen Bewegungen als konstitutiv gilt.“ (S. 276) Womit wir wieder bei Bauerngenwerkschafter Bové und dem Weltsozialforum von Porto Alegre „Eine andere Welt ist möglich“ wären.

Urs Sekinger

Jan Rehmann: Max Weber. Modernisierung als passive Revolution. Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus. Argument Verlag, Berlin, Hamburg 1998 (358 S., DM 39.80)

Mit seinen Kontextstudien zum Werk Max Webers will Jan Rehmann den bisherigen Interpretationsrichtungen – er nennt die auf die amerikanische Weber-Rezeption zurückgehende harmonisierende Lesart, die vor allem den späteren Weber „als geistigen Vorbereiter einer freiheitlichen und liberalen Gesellschaft verstehen wollte“ (S. 11), und eine Linie, die an Weber vor allem den nietzscheanisch geprägten „heroischen Pessimismus des ‘Fin de siècle’ herausarbeitet“ (S. 12) – nicht einfach eine weitere hinzufügen. Ihm geht es „um das widersprüchliche Verhältnis Webers zu den einflussreichen ideolo-

gischen Formationen des herrschenden bürgerlich-junkerlichen Machtblocks in Deutschland, in die er einerseits einrückt, und die er andererseits in der Perspektive einer kapitalistischen Modernisierung transformiert“ (S. 9).

Rehmann begreift Webers Theorie als Intervention in eine ganz bestimmte Konstellation des herrschenden Machtblocks; ihr inneres Telos ist nicht die kapitalistische Ausrichtung schlechthin – darin geht Rehmann über die bisherige linke Weber-Kritik von Herbert Marcuse, Wolfgang Lefèvre u.a. hinaus –, sondern das „Projekt einer neuen bürgerlichen Hegemonie im Übergang zum Fordismus“ (S. 14). Insofern ist Webers Werk zugleich Kritik einer „passiven Revolution“, wie sie selbst „passive Revolution“ unter veränderten geschichtlichen Umständen ist.

Rehmann beginnt seine Untersuchung mit Webers Amerikareise, weil

Dieses kritische Mass unterwirft Rehmann nun seinerseits der Kritik, erstens indem er darauf hinweist, dass die Kritik an der „passiven Revolution“ in Deutschland ihrerseits eine „passive Revolution“ befördert, die er im Rückgriff auf Gramsci als Modernisierungsprozess bezeichnet, in dem der herrschende Machtblock „einen gewissen Teil der Forderungen von unten aufnimmt“, jedoch „die Hegemoniegewinnung der Subalternen blockiert ist“ (S. 15); zweitens indem er den sozialen Standort Webers entziffert und ihn als organischen Intellektuellen ei-

In der Bereichsstudie zur Politik zeigt Rehmann, wie Weber an der Herausarbeitung eines fordistischen Blockes im deutschen Umfeld arbeitet. Er begreift Webers Fordismus-Projekt als Reaktion auf die Modernisierungs- und Hegemoniekrise, im Deutschen Reich, das noch immer von einem industriell-agrarischen Block getragen wird. Webers Kritik an den Agrariern konkretisiert sich etwa in der Landarbeiterenquête, wo Weber deren ökonomische Eigeninteresse (an billigen polnischen Arbeitskräften) im Gegensatz zum nationalen Interesse ökonomischer Entwicklung sieht, oder an den „feudalen Prä-tensionen“ eines Bürgertums, das über die Rechtsform des Fideikommiss' in feudal-aristokratische Interessenpolitik eingebunden wird, was zu einer Verrentung des Kapitals führt statt zu „ökonomischen Eroberungen in der weiten Welt“ (S. 68).

WIDERSPRUCH - 40/01

eigenem „Ehrbegriff“ nach amerikanischem und englischem Vorbild und um die Ausschaltung des kleinen finanzschwachen Glücksritters.

Mit Webers Interventionen zur Herausbildung eines zweckrational operierenden Bürgertums verbunden sind seine Bemühungen um die Integration der Arbeiterschaft in einen industriellen Block aus Kapitalisten und Arbeiteraristokratie. Die Vorgeschichte dieses Projekts sieht Rehmann schon in der Tätigkeit der Modernisierer im „Verein für Sozialpolitik“, die über die Kontaktaufnahme mit dem Kreis um Eduard Bernstein zu den Brückenbauern der Burgfriedenspolitik und der „Kooperation zwischen Gewerkschaftsführern und Vertretern der ‘wissenschaftlichen Betriebsführung’“ während des Kriegs und der „‘Zentralarbeitsgemeinschaft’ zwischen Grosskapital und Gewerkschaften“ (S. 88) von 1918/19 wurden.

Webers Bemühungen um die Herausbildung eines industriellen Blocks fasst Rehmann auch mit Gramscis Begriff einer Rationalisierung der Bevölkerung; diese hatte der italienische Theoretiker als Vorbedingung des Fordismus analysiert und gezeigt, wie in einer nicht-rationalisierten Bevölkerung das Fordismus-Projekt stets noch auf den Widerstand traditionalistischer Schichten stieß, genau jener Schichten, die Weber im deutschen Kontext theoretisch wie in seiner politischen Praxis bekämpft hat.

Auch im politischen Bereich setzt Weber auf „parlamentarische oder korporatistische Methoden einer Absorption gegnerischer Gruppen in den Staat“ (S. 109), wendet sich aber scharf „gegen die Herausbildung ‘organischer Intellektueller’, die die Interessen der Arbeiterklasse über die korporatistische Ebene hinaus in die Superstrukturalen

übersetzen““ (S. 107).

Den Parlamentarismus begreift Weber auch als Mittel der Führerauslese, aber die Entscheidung zwischen ihr und der charismatisch-plebiszitären Auslese orientiert sich nicht an Werten der Demokratie, sondern an den ‘Lebensinteressen der Nation’. Daher lasse sich auch sein Schwanken zwischen den Staatsrechtlern Hugo Preuß (dem Schöpfer der Weimarer Verfassung) und Carl Schmitt (dem Kronjurist im NS-Staat) nicht durch ideengeschichtliche Zuordnung klären, sondern nur durch die Analyse der konjunkturellen Bedingungen des fordistischen Modells: „Webers politische Analysen sind selbst Symptom und Seismograph für die widersprüchlichen Reproduktionsbedingungen eines nachholenden Fordismus, der zwischen den elastischen Integrationsstrategien eines modernen Transformismus und den Versuchen einer despotischen ‘Lösung’ der Klassengegensätze hin und herschwankt.“ (S. 124) Wie ein nachholender Fordismus nach Gramsci im Faschismus seine terroristische Form findet, so öffnet Weber – Rehmann zeigt es ausführlich – ‘rationale Herrschaft’ für autoritäre Artikulationen (vgl. S. 122; Webers Dialog mit Lüdendorff).

Auch in der zweiten Bereichsstudie, in der Rehmann Webers Theoriebaustelle besichtigt, geht es ihm nicht darum, Webers Wissenschaftslehre geistesgeschichtlich im Geflecht der wissenschaftstheoretischen Strömungen der Jahrhundertwende zu verorten, sondern den Umbau der Begrifflichkeiten „nach den zugrundeliegenden ideologischen Funktionsweisen zu untersuchen“ (S. 130). So sieht Rehmann in der Rezeption des südwestdeutschen Neukantianismus (H. Rickert et al.) die Front-

stellung zum Marxismus, wobei der Gegensatz zwar den Marxismus der Zweiten und später der Dritten Internationale treffe, aber sowohl Marxens gesellschaftliches Apriori der Denkform als auch Gramscis Objektivismus-Kritik nicht berücksichtige. Rehmann spricht daher von einem eigentlichen *Rendez-vous manqué* des Marxismus mit Weberscher Wissenschaftstheorie, das sich wiederhole „in der Entgegensetzung von ‘idealtypischer’ und ‘objektivistischer’ Begriffsbildung“ (S. 188). Mit seinem berühmtesten Begriff, dem Idealtypus, wende er sich wie Marx gegen einen subjektunabhängigen Objektivismus, fundiere ihn aber nicht in einer ‘Philosophie der Praxis’, sondern in einer neukantianisch inspirierten Wertphilosophie: „die Auswahlprinzipien eines Idealtypus hängen von den Gesichtspunkten ab, unter denen ‘wir’ die Kulturercheinungen ‘als für uns bedeutsam betrachten können’.“ (S. 189)

In einer über mehrere Kapitel führenden Diskussion der Werturteilsfrage zeichnet Rehmann nach, wie Weber den neukantianischen Wertennormativismus relativiert, realitätsnäher macht und ihn den Antagonismen der gesellschaftlichen Interessen anpasst, aber gleichzeitig in der Ideologieförmigkeit der Wertephilosophie steckenbleibt. Denn das abstrakte Kultur-Wir, von dessen Bedeutungshandeln Weber die Auswahlprinzipien eines Idealtypus abhängen lässt, ist letztlich nur das ideologisch transfigurierte historisch konkrete Wir seines bürgerlich-hegemonialen Projekts.

In der Studie zur Religionssoziologie untersucht Rehmann, „in welchen Hegemonieverhältnissen und nach welchen Auswahlprozeduren sich die idealtypische Komposition eines prote-

stantisch-kapitalistischen Ursprungsgeistes vollzieht.“ (S. 193) Nachdem er in der Konfrontation mit anderen religionssoziologischen Studien, insbesondere derjenigen des Weber-Schülers Martin Offenbacher, gezeigt hat, dass Webers Argumentation wenig von den Konfessionsstatistiken, vielmehr von eigenen Untersuchungszielen bestimmt ist, der ethischen Mobilisierung der Wirtschaftssubjekte (vgl. S. 205f.), untersucht er in einem nächsten Schritt die Verbindungslinien zur Diskurswelt des Kulturprotestantismus „als eine(r) einflussreiche(n) ideologische(n) Formation im Wilhelminismus“ (S. 210), in die er zugleich einrückt, was deren Kulturkampfpraxis betrifft, die er aber gleichzeitig innen- wie aussenpolitisch umbaut und der er eine vom Staatsrechtler Georg Jellinek beeinflusste anglo-amerikanische Drehung gibt.

Den unmittelbaren Hintergrund für Webers historische Verortung des kapitalistischen Geistes sieht Rehmann in den Arbeiten der jüngeren historischen Schule, der Weber selbst zugerechnet wird, vor allem denen Werner Sombarts. Ins Zentrum stellt er die auch von Gramsci später aufgenommene Frage, ob der „kapitalistische Geist“ aus der Renaissance oder der Reformation hervorgegangen sei. Indem Rehmann von Gramscis hegemonietheoretischer Fragestellung auf die Debatte zwischen Weber und Sombart blickt, entdeckt er die Frontstellung des politisch-ethischen Reformators Weber, der den Kapitalismus in Deutschland nach einem puritanisch-amerikanischen Muster modernisieren will – gegen das korporatistische Bewusstsein des Bürgertums, eine Frontstellung, die Weber auf der geistesgeschichtlichen Grundlage, auf der sich der Streit abspielt, gar nicht auffallen kann. Die hegemonietheoretische Fragestellung

zeigt weiter, wie Weber seinen Idealtyp des kapitalistischen Geistes im religionsgeschichtlichen Material so konstruiert, dass er zwar – im Unterschied zu den Konstruktionen Sombarts – die hegemoniale Wirksamkeit popular-nationaler Bewegungen enthält, aber deren widerständige (antikapitalistische) Artikulationen als Traditionalismus ausschließt oder verdrängt und entschärft (vgl. S. 274f.).

Wie in der Politik erfolgt die Abgrenzung in zwei Richtungen: „zum einen ‘nach oben’, gegen die sozialkonservativen, etatistischen oder abgehobenen Ideologien vom Typ der ‘Renaissance’, die für eine effektive Blockbildung zu wenig populäre Bindungskraft aufweisen, zum andern ‘nach unten’, gegen die widerständigen, popular-demokratischen oder revolutionären Tendenzen, welche die Einbindung der Subalternen in einen solchen Block aufsprengen könnten.“ (S. 277) Auch in der religionsgeschichtlichen Anordnung zeigt sich wieder, was in der Politik als ‘passive Revolution’ erschien: „Weber praktiziert (...) hier die von Gramsci an Croces *Geschichte Europas* kritisierte historiographische Methode, von einer Revolution nur den ‘passiven’ Aspekt zu behalten und vom Moment des Kampfes, in dem ein neues politisch-ethisches System sich herausarbeitet, abzusehen“ (S. 276f.).

Rehmanns *hegemonietheoretische* Weber-Lektüre vermittelt neben der diskursiven Verortung von Webers Werk und einer Fülle von historischen Einsichten vor allem auch ein methodisches Instrumentarium. Er überwindet sowohl das in einem alten Materialismus verhaftete objektivistische Verständnis von Theorie als Ausdruck von Ökonomie und Klasseninteresse als auch dasjenige der Kritischen Theorie

einer Beziehung zwischen Denkform und Gesellschaftsform, koppelt sie aber nicht diskurstheoretisch von ihrem gesellschaftlichen Hintergrund ab. Rehmann interessiert sich nicht nur – und das scheint mir beispielsweise auch relevant für die Untersuchung des gegenwärtigen Rechtspopulismus – für die Zusammenfügung heterogener Diskurselemente, sondern versucht, diese Kompositionsregeln hegemonietheoretisch zu entschlüsseln im Hinblick auf das zugrundeliegende hegemoniale Projekt und die damit in einer bestimmten geschichtlichen Situation zusammengefügte Klassen oder dem historischen Block.

Wenn Rehmann mit einem durch Gramsci erweiterten Marxismus Weber liest, dann eröffnet er durchaus auch Schwachstellen Marxscher Theorie, etwa bei der Bestimmung der zivilen (bürgerlichen) Gesellschaft, die vor Gramsci auf die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse festgelegt wird, oder der Bestimmung der Figur, für die es in Marxens Werk keine Stelle gibt, obwohl er sie selbst als Person ausfüllt, die des organischen Intellektuellen.

Aber diese gramscianische Relektüre von Marx führt nicht zur Verdampfung der „Philosophie der Praxis“ in einem Postmarxismus, sondern beharrt auf der Perspektive eines Befreiungsprojekts von unten, das, so wie Gramsci es als kritischen Massstab an die Philosophie der Philosophen heranträgt, an die Praxis der Begriffsbildung, die politischen und die religiösen Praxen herangetragen wird. Webers Werk von seinem Projekt her interpretiert und vom Marxschen Befreiungsprojekt her gengelesen zu haben – darin besteht die weit über die Weber-Interpretation hinausgehende Bedeutung von Rehmanns Weber-Studie.

Ruedi Graf

Weitere Literaturhinweise

- AG Alternative Wirtschaftspolitik, 2001: Memorandum. PapyRossa Verlag, Köln
- Altvater, Elmar / Galtung, Johan et al., 2001: Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs. Promedia Verlag, Wien
- Barsky, Robert F., 1999: Noam Chomsky. Libertärer Querdenker. Aus dem Engl. von St. Howald, edition 8, Zürich
- Bartl, Ewald et al., 2001: Mitbestimmung als Gegenmacht. Zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. VSA Verlag, Hamburg
- Beier, Angeklika et al. (Hg.), 2000: Alternative – Soziale Gerechtigkeit. VSA Verlag, Hamburg
- Bischoff, Joachim, 2001: Mythen der New Economy. VSA Verlag, Hamburg
- Blanke, Thomas et al., 2000: Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit? Perspektiven sozialer Gerechtigkeit. Offizin Verlag, Hannover
- Bourdieu, Pierre et al., 2001: Neue Wege der Regulierung. VSA Verlag, Hamburg
- Chesnais, François et al., 2001: Die Zukunft der Anti-Globalisierungs-Bewegung. Attac, Pf. 7457, CH-8023 Zürich
- Claussen, Detlev, 2000: Aspekte der Altagsreligion. Hannoversche Schriften 3, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M.
- Creydt, Meinhard, 2000: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Campus Verlag, Frankfurt/M.
- Deppe, Frank / Tidow, Stefan (Hg.), 2000: Europäische Beschäftigungspolitik. FEG-Studie 15, Institut f. Politikwissenschaft, Universität Marburg
- Forrester, Vivianne, 2001: Die Diktatur des Profits. C. Hanser Verlag, München
- Haug, Wolfgang Fritz, 2001: Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern. Dietz Verlag, Berlin
- Hinzer, Jürgen et al., (Hg.), 2000: Perspektiven der Linken. Für Jakob Moneta. Ein kämpferisches Leben. VSA Verlag, Hamburg
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (Hg.), 2001: Das Fremde in der Schweiz. Seismo Verlag, Zürich
- Husi, Gregor / Meier Kressig, Marcel, 1998: Der Geist des Demokratismus. Westf. Dampfboot, Münster
- IG Metall (Hg.), 2000: Denk-Schrift. Fair teilen. Wochenschau Verlag, Schwalbach/T.s.
- jour fixe initiative-berlin (Hg.), 2000: Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft. Unrast Verlag, Münster
- Kniest, Christoph et al., 2001: Eingreifen des Denken. W.F.Haug zum 65. Geburtstag. Westf. Dampfboot, Münster
- Künzli, Arnold, 2001: Menschenmarkt. Die Humangenetik zwischen Utopie, Kommerz und Wissenschaft. Rowohlt's Enzyklopädie, Reinbek
- Losurdo, Domenico, 2000: Der Marxismus Antonio Gramscis. VSA Verlag, Hamburg
- Raschke, Joachim, 2001: Die Zukunft der Grünen – So kann man nicht regieren. Verlag Campus, Frankfurt/M.
- Schneider, Christian et al., 2000: Trauma und Kritik. Zur Generationengeschichte der Kritischen Theorie. Westf. Dampfboot, Münster
- Schmitthenner, Horst / Urban, Hans-Jürgen (Hg.), 2000: Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik. VSA Verlag, Hamburg
- Seppmann, Werner, 2001: Das Ende der Gesellschaftskritik? In: Vorschein 18/19, Ernst-Bloch-Assoziation, Philo Verlag, Berlin
- Sozialalmanach, Caritas, 2001: Sozialpolitik in der Weltgesellschaft. Caritas Verlag, Luzern
- Steinauer, Jean / von Allmen, Melik, 2000: Weg mit den Baracken! Die Immigranten in den schweizerischen Gewerkschaften 1945 - 2000. Editions d'envers, Lausanne
- Ulrich, Peter / Maak, Thomas (Hg.), 2000: Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend. Haupt Verlag, Bern
- Ulrich, Peter et al. (Hg.), 2000: Arbeitspolitik für alle. Eine Debatte zur Zukunft der Arbeit. Haupt Verlag, Bern
- Wolf, Frieder Otto, 2001: Radikale Philosophie. Westf. Dampfboot, Münster